UNTERNEHMERVERBAND
Norddeutschland Mecklenburg-Schwerin e.V.

Unternehmerverband Norddeutschland Mecklenburg-Schwerin e.V.
Hauptgeschäftsstelle, Gutenbergstraße 1, 19061 Schwerin

Ministerium für Wirtschaft, Infrastruktur,
Tourismus und Arbeit Mecklenburg-Vorpommern
Stabstelle Entlastung
Johannes-Stelling-Str. 14
19053 Schwerin

Hauptgeschäftsstelle
19061 Schwerin, Gutenbergstraße 1

Tel.: 0385 - 56 93 33
Fax: 0385 - 56 85 01
E-Mail: mecklenburg@uv-mv.de
Web: www.uv-mv.de

Präsident
Matthias Kunze

Geschäftsführerin
Pamela Buggenhagen

Zur Föderalen Modernisierungsagenda (FöMA)

Aktuelle Ärgernisse aus Unternehmersicht auf Landesebene

Freistellungsbescheinigungen aus dem Finanzamt für Unternehmen haben sonst drei Tage gedauert, aktuell dauert es Wochen, es geht niemand an das Telefon oder ist per Mail erreichbar, ohne das Dokument erhalten leistende Betriebe von gewerblichen Kunden oft nur gekürzte Rechnungen (abzüglich 15 %) bzw. können die Rechnungen nicht stellen.

Anträge (Beispiel: Fällantrag für beschädigten Baum) müssen **in Papierform zweifach mit denselben Inhalten an zwei oder mehr Ämter** geschickt werden, warum bezieht ein Amt das nächste nicht selbst mit ein (Naturschutzbehöre, Denkmalschutz)?

Generell sind noch zuviele Anträge auszudrucken, auszufüllen und zurückzusenden, der **Digitalisierungsgrad ist zu gering**.

Abfragen Landesamt für Statistik: **Meldung von Lohnsummen**, warum holt man sich nicht alle bei den Finanzämtern bereits vorhandenen Daten, ohne die Unternehmen damit immer wieder zu belasten?

Verschiedene Portale: Unternehmen brauchen mittlerweile zig verschiedene Zugänge zu Portalen, um ihre Pflichten zu erfüllen. Eine Vereinheitlichung und Datenaustausch untereinander wird dringend angemahnt.

Mitarbeiter aus denselben Ämtern äußern unterschiedliche Anforderungen, wie mit ihnen zu kommunizieren ist und wie sie Anträge haben wollen. Beispiel Finanzamt: Mitarbeiter A ist im Büro und möchte die Papierform, Mitarbeiter B ist im Homeoffice und möchte das digital erhalten. Auch arbeiten einige lieber mit ELSTER und andere mit FinDrive, wobei man nur bei Elster ein Nachweis in Form eines Versendungsprotokolls bekommt – beim anderen Portal nicht.

Postalische Zusendung wird immer unsicherer, Post dauert oft mehr als eine Woche bis zur Zustellung, Poststellen sind scheinbar kaum besetzt, Anträge gehen verloren oder brauchen zuviel Zeit.

Bearbeitungsfristen sind auf Seiten der Behörde oft sehr lang, für die **Reaktion durch das Unternehmen werden diese sehr kurz gesetzt.**

Erreichbarkeit von Ämtern und Behörden: es sind kaum noch Mitarbeiter telefonisch oder per Mail erreichbar und das Homeoffice scheint nicht die volle Arbeitsfähigkeit zu ermöglichen („*Ich bin heute im Homeoffice, das mache ich übermorgen, wenn ich wieder im Büro bin.*“)

Verschiedene Prüfinstanzen könnten Daten untereinander austauschen und sich abstimmen: Finanzamt, Rentenversicherer, Zoll - warum müssen alle einzeln kommen und das Unternehmen für nicht unwesentliche Zeit blockieren?

Themen, die wahrscheinlich auf Bundesebene vorzutragen sind:

Die **Aufbewahrungsfristen von bis zu 10 Jahren sind sehr lang** und beanspruchen z.T. hohe Lagerkapazitäten.

Die Erstellung des Jahresabschlusses ist sehr zeitaufwendig und bindet viel Personal. **Einige Steuern müssen vorab gemeldet werden**, was entsprechenden Aufwand bedeutet.

Die Erhebung von Statistiken wird nicht in Frage gestellt, allerdings stellen wir in Frage, **ob eine vierteljährliche Meldung erforderlich ist**.

Es gibt immer mehr Verordnungen und Gesetze. Aktuell wird z.B. eine **neue Verpackungsordnung eingeführt, in der ein Klebestreifen an einer Umverpackung die Recyclingfähigkeit beeinflussen kann**. Solche Verordnungen einzuhalten, ist herausfordernd. Schon das Befassen mit so einem Thema kostet Zeit.

Die Erstellung von **Fördermittelanträgen** ist sehr komplex – es werden Gesellschafterverträge, Personalausweiskopien und komplexe Berechnungen für die Entwicklung eines langjährig bestehenden KMU hinsichtlich Mitarbeiteranzahl und der GuV, sowie die Einschaltung eines Wirtschaftsprüfers, erfordert. Entgegen großer Konzerne hat man als KMU nicht immer einen langjährigen, konkreten **Businessplan**. Dies gilt auch für Bauanträge.

Und generell:

Was passiert mit den kritisierten Punkten aus dem Bericht des Landesrechnungshofes oder dem Schwarzbuch vom Bund der Steuerzahler auf Seiten der verantwortlichen Behörden und der Politik?

Was passiert mit den eingebrachten Aspekten, wenn es keine Rückmelde-Schleifen gibt?

Schwerin, 08.10.2026